

Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates Rechtenbach vom 16.01.2017

(= vom Gemeinderat noch nicht förmlich genehmigte Fassung)

TOP 01	Besichtigung des neuen Bauhofes der Gemeinde am Ortsausgang Richtung Aschaffenburg
---------------	---

Die Mitglieder des Gemeinderates trafen sich um 19:00 Uhr zu einem Ortstermin am neuen Bauhof Richtung Aschaffenburg.

Bürgermeister Bartel erläuterte zu Beginn kurz die bisher durchgeführten Maßnahmen.

Die linke Garagenzeile sei komplett für den Bauhof vorgesehen, der rechte Bereich sei bis auf eine Garage an private Mieter verpachtet. Eine Garage stünde damit noch zur Verpachtung frei.

Einige unumgängliche Investitionen seien bereits im Bauhof getätigt worden.

So seien die maroden Garagentore mittlerweile durch neue ausgewechselt und der Bereich mit Strom versorgt worden.

Durch Beschluss des Gemeinderates sei vor kurzem ein Salzsilo für den Winterdienst angeschafft worden.

Um den Bereich ganzjährig als Bauhof nutzen zu können, müssten weitere Mindestvoraussetzungen erfüllt sein, dazu zählten die Schaffung von Lagerräumen sowie von beheizbaren Büro- und Sozialräumen (Toilette/Dusche). Die vorhandene Heizung müsste ausgetauscht werden.

Dies erfordere einige bauliche Veränderungen und somit weitere Ausgaben innerhalb der linken Garagenzeile (Abtrennung, Isolierung etc.).

Alternativ bestünde evtl. auch die Möglichkeit zur Aufstellung eines Bürocontainers im Bereich links des Silos. Hier könne versucht werden, einen möglichst gut gebrauchten Container zu bekommen, notfalls einen neuen, die Kosten hierfür bezifferte er auf bis zu 15.000 €.

In jedem Falle sei aber eine Erschließung des Bauhofbereiches erforderlich, die durch eine Leitungsführung vom Bauhof über eine Querung der Bundesstraße an die rechts neben dem Gehweg verlaufende Hauptversorgung erfolgen könne.

Hinsichtlich der Kosten liege bereits ein Kostenvoranschlag vor. Näheres wird im nichtöffentlichen Teil der Sitzung besprochen.

Gegen 19.30 Uhr wurde die Gemeinderatssitzung im Rathaus fortgeführt (**weitere Ausführungen unter TOP 3**).

TOP 02	Begrüßung durch den Bürgermeister und Genehmigung der Niederschrift
---------------	--

Im Rathaus erklärte Bürgermeister Bartel die anberaumte Sitzung für eröffnet und stellte die ordnungsmäßige Ladung sowie die Anwesenheit der Mitglieder des Gemeinderates fest.

Der Vorsitzende stellte weiter fest, dass die Mehrheit der Mitglieder des Gemeinderates anwesend und stimmberechtigt ist.

Der Gemeinderat ist daher beschlussfähig (Art. 47 GO).

Die Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung des Gemeinderates wurde den Mitgliedern zugestellt.

Gemeinderatsmitglied Stephanie Durchholz kritisierte, dass die Niederschriften generell immer „kürzer“ ausfielen. Ihr missfiel dabei vor allem, dass mit vielen allgemeinen Formulierungen wie z.B. „der Gemeinderat beschloss nach kurzer Erörterung“ oder „überwiegend wurde die Auffassung vertreten...etc.“ gearbeitet werde anstelle der wünschenswerten namentlichen Zuordnung der einzelnen Aussagen.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

Bürgermeister Bartel gab allerdings zu bedenken, dass der Trend hin zu Ergebnisprotokollen führe.

Herr Henning von der Verwaltungsgemeinschaft Lohr a.Main ergänzte dazu, dass ein durchgehendes Wortprotokoll nicht zu bewerkstelligen und generell auch keineswegs erforderlich sei. Der Sinn und Zweck eines Protokolls sei zuallererst das Festhalten der **Beratungsergebnisse** zu den einzelnen Tagesordnungspunkten und damit der Sachentscheidungen im Ganzen.

Es treffe im Übrigen auch nicht zu, dass eine namentliche Zuordnung der Aussagen unterbleibe. In allen Fällen, in denen konträre Auffassungen vertreten würden und sich im Beschlussergebnis widerspiegeln oder konkrete Vorschläge unterbreitet würden, erfolge sehr wohl der Hinweis auf die jeweilige Person, auch in den Fällen, in denen dies ausdrücklich gewünscht werde.

In allen anderen Fällen, vor allem dann, wenn sich eine übereinstimmende Meinungsbildung im Gemeinderat abzeichne, sehe er keinerlei Informationsverlust für den Bürger darin, wenn einzelne Stellungnahmen nicht im Wortlaut wiedergegeben würden. Dies sei nicht erforderlich. An dieser in allen anderen Gemeinden durchaus gängigen Praxis werde er auch in Zukunft festhalten.

Einwendungen wurden ansonsten nicht erhoben. Die Niederschrift gilt daher als genehmigt.

TOP 03	Beratung und Beschlussfassung über die Durchführung der bei der Besichtigung des neuen Bauhofes festgelegten Maßnahmen
---------------	---

(Fortsetzung zu TOP 01)

Gemeinderatsmitglied Stephanie Durchholz forderte, zunächst im alten Bauhof durch eine Ortsbesichtigung in Erfahrung zu bringen, ob und in welchem Umfang Bedarf bestehe (Platzbedarf für Gerätschaften, Nassräume, Büro, Lagerräume etc.), bevor weitere Ausgaben am neuen Bauhof getätigt würden.

Gemeinderatsmitglied Klaus Schmitt erklärte auf Anfrage durch Frau Durchholz, dass für die vom TSV an die Gemeinde vermietete Garage durchaus Eigenbedarf bestehe.

Bürgermeister Bartel informierte darüber, dass bisher die Toilette und der Sozialraum im Jugendtreff und die Dusche in der Turnhalle von den Gemeindemitarbeitern mitgenutzt würden.

Nach Ansicht von Frau Durchholz sollte zunächst geprüft werden, ob es notwendig ist, entsprechende Einrichtungen im neuen Bauhof zusätzlich zu schaffen.

Gemeinderatsmitglied Johannes Wolf gab seine Bedenken zum Ausdruck, dass der Jugendraum dann noch weniger genutzt würde, wenn Sozialräume für die Gemeindemitarbeiter am neuen Bauhof geschaffen würden.

Bürgermeister Bartel sah hier jedoch durchaus weitere Nutzungsmöglichkeiten, z.B. für kleinere Feierlichkeiten oder eine Nutzung im Rahmen des Seniorentags. Man könne sich durchaus auch noch zu anderen Nutzungsmöglichkeiten Gedanken machen.

Bürgermeister Bartel und die Gemeinderatsmitglieder Klaus Schmitt, Wolfgang Rek und Peter Vater vertraten die Auffassung, dass allein schon aus wirtschaftlichen wie auch aus Zeitgründen alle erforderlichen Einrichtungen – Büro, Nasszelle, Lagerraum - im neuen Bauhof vorgehalten werden und nicht zweigleisig gefahren und weitere „Filialen“ eröffnet werden sollten.

Gemeinderatsmitglied Rudi Geist erklärte, dass hinsichtlich des zu schaffenden Lagerraums durchaus auch ein Einbau von gebrauchten Regalen infrage käme.

Bürgermeister Klaus Bartel gab zu überlegen, ob das Bauhofareal ganz oder nur im Bereich der Nutzfläche neu umzäunt oder der beschädigte Zaun ausgebessert werden sollte.

Zweiter Bürgermeister Günter Herteux stellte angesichts der voraussichtlich recht hohen Kosten die Frage, ob mit den verschließbaren Garagen nicht genügend Schutz bestehe. Ansonsten befänden sich keine erkennbaren Werte im Außenbereich, für deren Schutz sich hohe Ausgaben rechtfertigen ließen.

Gemeinderatsmitglied Wolfgang Rek regte aus Kostengründen an, den beschädigten Zaun nach und nach auszubessern.

Dritter Bürgermeister Christian Lang war der Auffassung, dass zumindest kurzfristig das Eingangstor zum Bauhof hergerichtet werden sollte, um Unberechtigten die Einfahrt mit Fahrzeugen zu verwehren.

Der Gemeinderat verständigte sich schließlich auf folgende Vorgehensweise:

- Als am schnellsten umsetzbare und voraussichtlich günstigste Lösung wurde die Anschaffung eines Bürocontainers gesehen. Im Bedarfsfalle könnte noch ein weiterer Container aufgestellt werden.
Bürgermeister Bartel wird sich nach den Kosten eines guten gebrauchten, notfalls eines neuen Containers erkundigen.
Zweiter Bürgermeister Günter Herteux erklärte sich bereit, bei der Firma Bosch Rexroth anzufragen, ob die Möglichkeit zum Erwerb eines dort auszusondernden Containers bestehe.
- Bürgermeister Bartel wird die Herrichtung der Eingangstore in der Zufahrt zum neuen Bauhof und die sukzessive Ausbesserung des beschädigten Zauns veranlassen.
- Der Gemeinderat wird vor weiteren Entscheidungen eine Besichtigung des derzeitigen Bauhofs vornehmen.

TOP 04	Beratung und Beschlussfassung über die Aufstellung einer Hinweistafel gegen den Nationalpark Spessart
---------------	--

In diesem Zusammenhang wies Bürgermeister Bartel zunächst auf neue Informationen der Spessartholzberechtigten hin, mit welcher Ausdehnung des Nationalparks voraussichtlich zu rechnen

sei.

Wie schon in der letzten Sitzung erwähnt, würde sich die Nationalparkfläche von Altenbuch nach Schollbrunn, Bischbrunn, Rechtenbach, Neuhütten, Heigenbrücken, Rothenbuch, Weibersbrunn, Dammbach und wieder zurück nach Altenbuch erstrecken.

Es sei zu befürchten, dass möglicherweise die „Weikertswiese“ mit inbegriffen werde.

Bürgermeister Bartel erinnerte daran, dass sich der Gemeinderat bereits in seiner letzten Sitzung gegen die Ausweisung eines „Nationalpark Spessart“ ausgesprochen habe.

Herr Tobias Eich sei nun an die Gemeinde mit der Bitte herangetreten, eine Tafel mit der Aufschrift „**Nationalpark – nein Danke**“ an der Weikertswiesenspitze (Auffahrt zur „Weikertswiese“) aufstellen zu dürfen. Der Gemeinde entstünden keinerlei Kosten, auch sei sie auf der Tafel nicht erwähnt.

In der anschließenden Erörterung brachte der Gemeinderat zum Ausdruck, dass er keine Werbung für Dritte betreiben und sich zunächst von der geplanten Tafel ein Bild machen wolle.

Eine abschließende Entscheidung zur Aufstellung wurde daher vertagt, verbunden mit der Aufforderung an Herrn Eich, einen entsprechenden Entwurf vorzulegen. Erst danach könne der Gemeinderat entscheiden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	0

TOP 05 Mitteilungen des Bürgermeisters

TOP 05 A Schülerbeförderung

Bürgermeister Bartel informierte den Gemeinderat darüber, dass zur Problematik Schülerbeförderung Rechtenbach am 11.01.2017 ein Ortstermin stattgefunden habe.

Daran teilgenommen hätten:

Von der Gemeinde Rechtenbach:

Erster Bürgermeister Klaus **Bartel**

Dritter Bürgermeister Christian **Lang**

Gemeinderatsmitglieder Horst **Karl** und Peter **Vater**,

Gemeindearbeiter Joachim **Martiné** und Stephan **Matreux**

4 **Schulweghelfer** und -helferinnen

Behördenvertreter:

Stefan **Röder**, Regierung von Unterfranken

Andreas **Hafenrichter**, LRA MSP

Johannes **Muthig** und Peter **Helfrich**, Polizeiinspektion Lohr a.Main

Otmar **Lamprecht**, Polizeiinspektion Karlstadt
Wolfgang **Endres**, Main-Spessart-Nahverkehrs-GmbH
Günter **Henning**, Lohr a. Main-VGem

sowie die Presse (Frau Monika Büdel, „Lohrer Echo“).

Darin sei man im Ergebnis übereingekommen, dass die Wendeschleife vorerst weiter durch das Busunternehmen Grasmann genutzt werden müsse.

Gleichzeitig erklärte sich die Gemeinde bereit, die technischen Möglichkeiten einer Verlegung der Haltestelle um bis zu 50 m zur Ortsmitte hin zu prüfen, um unter Ausnutzung der gegenüberliegenden Straßenseite eine bessere Wendemöglichkeit für die eingesetzten 13 m-Busse als bisher zu erzielen. Geprüft werden soll insbesondere, ob der rechte Grünstreifen möglicherweise gepflastert werden könne, um eine frühere Einfahrt in die Wendeschleife zu ermöglichen.

Eine von Herrn Grasmann gewünschte Ausweisung der Haltestelle als gefährlich (=Maximalgeschwindigkeit der Verkehrsteilnehmer in diesem Bereich 7 - 10 km/h) ist verkehrsrechtlich nicht möglich, da der Bus sich nicht auf der Verkehrsfläche befindet, sondern in eine Wendeschleife abseits der allgemeinen Verkehrsfläche einfahre.

Aus Gründen der Sicherheit wurde auch der ursprünglichen Forderung des Busunternehmens, wonach der Einstieg der Schülerinnen und Schüler von der gegenüberliegenden Straßenseite aus erfolgen sollte, nicht Rechnung getragen.

Nachmittags habe zusätzlich ein Termin mit Herrn Weber vom Straßenbauamt Würzburg stattgefunden, auch mit ihm habe Bürgermeister Bartel die Problematik ausführlich erörtert.

Eine langfristige Entschärfung der Situation durch den Bau eines Kreisels komme wegen der dafür zu geringen Verkehrsdichte und fehlendem Kreuzungsverkehr nicht in Betracht.

Für den Einbau einer Induktionsschleife im Bereich der Bushaltestelle (Ampelanlage oberhalb und unterhalb der Bushaltestelle schaltet für diesen Zeitraum auf Rot) sah Herr Weber durchaus Aussicht auf Erfolg. Er sicherte zu, dies prüfen zu lassen.

Trotz der Verpflichtung, die Wendeschleife weiter nutzen zu müssen, so Bürgermeister Bartel weiter, sei es gerade heute wieder zu einem erneuten Vorfall gekommen. Der Busfahrer wollte am Bischborner Hof wenden, nur unter massiver Androhung, dies dem Landratsamt melden zu wollen, nutzte er dann die Wendefläche an der Bushaltestelle.

Im weiteren Verlauf äußerte der Gemeinderat seinen Unmut darüber, dass das Unternehmen nach Übernahme der Linie nachträglich Forderungen an die Gemeinde stelle, um zu seinen Gunsten Veränderungen durchführen zu lassen. Es sei das Versäumnis des Unternehmens, sich nicht vorher über die zu erfüllenden Voraussetzungen erkundigt zu haben.

Gemeinderatsmitglied Roland Hartung vertrat sogar die Auffassung, dass die Kosten eines eventuellen Umbaus der Bushaltestelle vom Busunternehmen übernommen werden müssen.

Auf Bitten aus dem Gemeinderat wird das Protokoll der Ortsbesichtigung vom 11.01.2017 den Mitgliedern per Mail übersandt.

TOP 05 B Sachstand Geldautomat

Bürgermeister Bartel informierte den Gemeinderat darüber, dass das Unternehmen Cardpoint GmbH aus Trier seine Bereitschaft signalisiert habe, im Ort wieder einen Geldautomaten installieren zu wollen. Nach eigenen Aussagen betreibe es deutschlandweit über 1.200 EC-Automaten und sei damit Marktführer.

Das Unternehmen habe erklärt, sämtliche administrativen Tätigkeiten/Kosten vor Ort, wie die Bargeldversorgung, Wartung und Reparatur, Kosten der Installation vor Ort, Versicherungskosten und Datenleitungskosten, übernehmen zu wollen. Damit könne die Bargeldversorgung im Ort erneut wieder ermöglicht werden, erklärte der Bürgermeister.

Zunächst seien aber weitere Gespräche erforderlich, um die Konditionen und Kosten auszuhandeln. Dabei beabsichtige das Unternehmen auch Gespräche mit der örtlichen Sparkasse und der Raiffeisenbank zu führen.

Sollte es zu einer Einigung kommen, wäre die Gemeinde bereit, den Standort kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Man könnte sich vorstellen den Geldautomat im ehemaligen Laden im Gasthaus „Krone“ aufzustellen.

TOP 06 Verschiedenes

TOP 06 A Probleme in der Wasserversorgung

Bürgermeister Bartel erläuterte die Ursachen für den zeitweiligen Ausfall der Wasserversorgung. Mit dem Einbau der neuen UV-Anlage durch die Fa. Mösslein sei die alte Anlage abgebaut worden. Die Warnübermittlung sehe vor, dass im Falle eventueller Probleme zunächst der Gemeindearbeiter Matreux, dann der Gemeindearbeiter Martiné verständigt werden. Eine weitere Benachrichtigung gebe es nicht. Die neue UV Anlage sende nach sehr kurzer Aufwärmzeit ein Signal an die Pumpe zur Wasserförderung. Komme es, wie geschehen, zu Problemen im Aufwärmprozess, werde auch kein Signal an die Pumpe gesandt, mit der Folge, dass es zu Ausfällen in der Wasserversorgung komme. Hier sei bereits und müsse weiterhin noch eine entsprechende Feinabstimmung erfolgen, auch solle künftig die Warnübermittlung außer an die beiden Gemeindearbeiter auch an den Bürgermeister erfolgen.

Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung.